



FRANCK BOHBO T/ INSTITUTE

FOTO-TABLEAU

## Traumpaläste 2/5

Zwischen den plüschigen Traumpalästen, die Franck Bohbot in seiner Hommage an die amerikanische Kino-Architektur aufgenommen hat, wirkt das New People Cinema fast etwas fremd. Kein Wunder – denn mit diesem 2009 eröffneten Komplex, der auch Boutiquen, eine Kunstgalerie und ein Event-Lokal umfasst, wollte der Unternehmer Seiji Horibuchi in San Francisco eine Art Flagship-Store für alles errichten, was an Japans zeitgenössischer Kultur angesagt und cool ist. Der Innenarchitekt Jay Adams hat sich an Strenge und Schlichtheit der japanischen Ästhetik orientiert, und natürlich steht auch das Programm des Kinos im Zeichen dieser Mission – es werden ausschliesslich japanische Filme gezeigt.

Keine Entspannung am Hindukusch

# Afghanistan – zurück am Abgrund

Gastkommentar  
Von Prem Mahadevan

2015 ist das blutigste Jahr in Afghanistan seit dem Beginn der amerikanischen Intervention im Jahr 2001. Die afghanischen Sicherheitskräfte verzeichnen pro Woche 300 Verwundete und Tote. Pro Tag kommen zudem im Schnitt neun Zivilisten ums Leben. 14 Jahre Krieg haben weder das Land noch den Westen sicherer gemacht, obwohl al-Kaida entscheidend geschwächt werden konnte. Dieser Erfolg könnte sich aber als Pyrrhussieg herausstellen, sollte der «Islamische Staat» (IS) nach dem Abzug des Westens auch am Hindukusch an Einfluss gewinnen. Während die USA zu verschleiern versuchen, dass sie die Taliban nicht besiegen konnten, droht Afghanistan unaufhaltsam in ein ähnliches Chaos zu stürzen wie nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989.

Die gegenwärtigen Machtkämpfe innerhalb der Führungsriege der Taliban lassen vermuten, dass die Kaida bald wieder über eine operative Basis in Afghanistan verfügen wird. Als im Juli 2015 bekannt wurde, dass Taliban-Führer Mullah Omar schon zwei Jahre zuvor ums Leben gekommen war, rief sich sein Stellvertreter Akhtar Mansur, ein Schützling des pakistanischen Geheimdienstes mit engen Verbindungen zum Kaidanahen Haqqani-Netzwerk, zum neuen Führer aus und ernannte Sirajuddin Haqqani zum Vize. Das Haqqani-Netzwerk ist stärker mit globalen Jihad-Gruppen vernetzt als die in Stämmen organisierten Taliban mit ihrer lokal fokussierten Weltanschauung. Das lässt daran zweifeln, dass die Taliban unter Mansur als gemässigte politische Kraft in Afghanistan wirken könnten.

Vorerst ist vielmehr mit einem Machtkampf unter den Taliban zu rechnen, von dem nicht nur die Kaida, sondern auch rivalisierende Gruppierungen wie der IS profitieren. Falls sich die Mansur-Fraktion intern durchsetzen kann, könnte die Kaida wieder Terrorangriffe im Westen planen. Nachdem die Kaida in Syrien und im Irak einen Grossteil ihrer Anhänger an den IS verloren hat, muss sie ihre Glaubwürdigkeit in der jihadistischen Welt wiederherstellen. Die Mehrzahl der Kämpfer treten dem IS aufgrund seiner operativen Erfolge bei. Daran muss sich die Kaida messen. Sie wird versuchen, ihre Zufluchtsorte in den vom Haqqani-Netzwerk kontrollierten Gebieten territorial zu erweitern, um von dort aus Anschläge vorzubereiten.

Gelingt es den Taliban um Mansur nicht, die Kontrolle über die Aufstandsbewegung zu gewinnen, kommt es zu einer weiteren Fragmentierung

der jihadistischen Gruppen. Zahlreiche frühere Taliban, die wegen disziplinarischer Vergehen ausgeschlossen wurden, kämpfen heute für den IS. Auch die Enttäuschung über den luxuriösen Lebenswandel der Taliban-Führer ist ein Übertrittsgrund. 70 bis 80 Prozent der Gewinne aus dem lukrativen Drogenhandel gehen direkt an die Führungsriege, während die einfachen Kämpfer den Rest untereinander aufteilen müssen. Die ungerechte Verteilung sorgt bei den örtlichen Befehlshabern, die mit ihren Kämpfern das Hauptrisiko tragen, für Unmut. Um ihrer neuen Identität Ausdruck zu verleihen, gehen die abtrünnigen Taliban mit der für den IS charakteristischen Brutalität vor, indem sie frühere Kameraden enthaupten oder Mohnfelder abbrennen, um die afghanische Gesellschaft zu «säubern».

Laut Berichten schwimmt die IS-Führungsriege in Afghanistan im Geld. In der vom IS und von den Taliban gleichermaßen umkämpften Provinz Helmand wird fast die Hälfte des afghanischen Opiums angebaut. Womöglich hat der IS Teile des Drogenhandels übernommen.

In naher Zukunft ist ein grosser Kaida-Anschlag im Westen aufgrund der nach wie vor in Afghanistan präsenten amerikanischen Soldaten und der Tötungen von Jihadisten-Führern durch Drohnenangriffe unwahrscheinlich. Auch die afghanische Regierung versucht, die wieder erstarkte Aufstandsbewegung aufzuhalten, indem sie Teile der Stammesmilizen als lokale Bürgerwehren anwirbt. Hieraus könnte eine «Warlord-Ökonomie» entstehen, wie zwischen 1992 und 1994.

Die Lockerung der Sanktionen gegen das Nachbarland Iran im Zuge des Atomabkommens könnte Kabul jedoch unverhoffte Chancen bescheren. Mit internationaler Unterstützung soll der iranische Hafen Chabahar ausgebaut werden. Dies könnte langfristig die wirtschaftliche Abhängigkeit Afghanistans von Pakistan verringern.

Die nächsten 16 Monate werden entscheidend sein: Halten die Wirtschaft und die Streitkräfte Afghanistans einer Verschärfung der Gewalt stand, muss der endgültige Abzug der westlichen Truppen nicht zwangsläufig in einen erneuten Bürgerkrieg münden. Die beiden düsteren Alternativszenarien – eine Regierungsbeteiligung der Taliban-Haqqani-Gruppierung oder eine Fragmentierung der Taliban zugunsten des IS – werden hingegen dazu führen, dass Afghanistan erneut zu einem Rückzugsort für Terroristen wird.

Prem Mahadevan ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Der Terrorismus-Experte ist Autor von «An Eye for an Eye» (2015).

Asyldebatte

# Die Schweiz hat ein Eritrea-Problem

Gastkommentar  
Von MATHIAS BINSWANGER

Nirgendwo trifft der Ausspruch «Krise als Chance» mehr zu als in der heutigen Asylpolitik. Krisenlagen in ärmeren Ländern werden für die Bevölkerung schnell zu einer Chance, als Asylsuchende endlich die Migration in ein ökonomisch besser funktionierendes Land zu schaffen. In der Schweiz liefern Eritreer das Paradebeispiel. Gerade sind die neuen Zahlen zu den Asylgesuchen im Monat August publiziert worden. Betrachten wir die gesamten bisherigen Asylgesuche des Jahres 2015, so sieht man, dass von den etwa 20 000 Gesuchen mehr als ein Drittel, nämlich 7540, aus Eritrea stammen, während aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Syrien «nur» 1463 Menschen ein Asylgesuch stellten. Die Zahl der eritreischen Asylbewerber von Januar bis August 2015 ist damit bereits höher als die knapp 7000 Asylgesuche des ganzen Jahres 2014, und es wird dieses Jahr einen neuen Rekord geben. Die Schweiz ist zum Haupteinwanderungsland für Eritreer geworden, welche fast im Alleingang für die Zunahme der Asylgesuche in den letzten Jahren sorgten.

Was genau ist aber die Krise in Eritrea? Ein diktatorisch regierender Präsident macht dort das Leben für viele Menschen unattraktiv. Dies betrifft vor allem den sogenannten «Nationaldienst», den alle Männer und unverheirateten Frauen als «Zwangsarbeit» absolvieren müssen. Obwohl der Dienst für den Staat auf 18 Monate beschränkt ist, verbringen nach Angaben der Organisation Human Rights Watch etliche Eritreer Jahre damit, gegen sehr geringe Bezahlung Arbeit in Verwaltung, Schulen, Spitälern oder Landwirtschaft zu erledigen. Dank der Möglichkeit des Asyls wird diese Krise jedoch zur Fluchtchance. Je schlimmer die Situation in Eritrea aussieht, umso leichter wird es, ein Asylgesuch in der Schweiz zu stellen, und umso mehr Menschen versuchen, ihr Land mit dem Endziel Schweiz zu verlassen.

Ausgelöst wurde der Boom vor allem durch den Entscheid der Asylrekurskommission von Ende 2005, wonach Militärdienstverweigerer in Eritrea als politisch verfolgt einzustufen sind und demzufolge Asyl erhalten. Zwar wurde in einer Referendumsabstimmung vom 9. Juni 2013 beschlossen, dass Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund anerkannt wird. Doch die Schweiz geht in Eritrea von einer Leib und Leben gefährdenden Bestrafung bei Verweigerung aus, so dass Wehrdienstverweigerer weiterhin Asyl erhalten. Und selbst wenn ein ausreichender Asylgrund nicht nachgewiesen werden kann, können

Eritreer als vorläufig Aufgenommene auf jeden Fall bleiben.

Doch nicht nur die Asylsuchenden selber haben etwas von ihrer Flucht. Auch das dortige Regime bekommt seinen Anteil, indem es den Flüchtlingen in der Schweiz offenbar eine sogenannte «Diaspora-Steuer» abknöpft und auf diese Weise an den Flüchtlingen mitverdient. Und die ganze Massenmigration ist zu einem lukrativen Business geworden. Eine ganze Schlepperindustrie organisiert den Flüchtlingsstrom und verdient kräftig mit. Wo dermassen viele Menschen profitieren, ist es völlig illusorisch, davon auszugehen, dass der Strom von Asylbewerbern abreißen wird. Und je mehr Asylbewerber schon im Land sind, umso mehr werden noch zusätzlich kommen. Asylbewerber generieren weitere Asylbewerber, da man auch versucht, Familienangehörige oder Freunde nachzuziehen.

Aufgrund der gegebenen Anreizstrukturen besteht also weder ein Interesse an einer Änderung der Situation in Eritrea noch eines an der Schaffung von Transparenz. Würde der «Nationaldienst» in Eritrea abgeschafft, dann wäre es immer noch ein armes Land. Nur wäre dann kein Grund mehr vorhanden, in der Schweiz oder einem anderen Land Asyl zu beantragen. Also versuchen migrationswillige Eritreer, ihr Land möglichst als grausame Diktatur darzustellen, denn bleiben darf hier nur, wer vermeintlich an Leib und Leben durch eine staatliche Institution bedroht wird. Wie schlimm die Situation tatsächlich ist, kann offiziell jedoch schlichtweg nicht festgestellt werden. Dies zeigt der neueste vom Europäischen Asylunterstützungsbüro (EASO) publizierte Bericht im Juni 2015 einmal mehr deutlich auf.

Was kann man tun, wenn man der Meinung ist, dass der Zustrom Asylsuchender aus Eritrea eingedämmt werden soll? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man trägt dazu bei, das Leben in Eritrea attraktiver zu machen, oder man macht die Flucht in die Schweiz unattraktiver. Ersteres wäre natürlich die beste Lösung, doch kurzfristig kann die Schweiz da wenig ausrichten. Also bleibt nur die Möglichkeit, die Flucht in die Schweiz unattraktiver zu machen. Alles, was es dazu braucht, ist eine etwas positivere Einschätzung der Situation in Eritrea, und schon wäre Militärdienstverweigerung kein ausreichender Grund mehr, um in der Schweiz Asyl zu bekommen. Ob eine solche Neueinschätzung tatsächlich vorgenommen wird, muss die Politik entscheiden.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz.